

# Danziger Zeitung

Nr 16713

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen-  
gasse Nr. 4. und bei allen kais. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten  
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 14. Oktober. (Privattelegr.) Prinz Wilhelm geht heute von Wien nach Venedig zum Kronprinzen.

Der Londoner Correspondent des „Verl. Tagebl.“ erfährt aus Venedig: Der Kaiser und die Kronprinzen verheiratheten sich täglich; die Stimme sei deutlicher, nur geringe Congestionen seien vorhanden. Der Aufenthalt scheint ihm sehr gut zu bekommen.

Der „Post. Ztg.“ wird aus Kopenhagen gemeldet: Die Abreise des Zaren ist aufgeschoben worden, da sein Sohn Georg an den Märsen erkrankt ist.

Der Redacteur des „Boten aus dem Niesengebirge“, Dürholt in Hirschberg, ist wegen Verleumdung des Staatsanwalts zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt worden.

Petersburg, 14. Okt. (W. Z.) Das „Journ. de St. Petersburg“ dementirt auf das formellste den dem Großfürsten Nikolaus Michailowitsch zugeschriebenen Toaft.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Oktober.

### Boulangers Uebermuth und Züchtigung.

Die Standalaffäre im Pariser Kriegsministerium hat eine interessante Wendung genommen. Wie die Dinge heute liegen, wendet sich das Hauptinteresse auf Boulangers Stellung. Der frühere Kriegsminister, der „Verbannte von Clermont“, ist mit einem Schlage wieder in aller Munde, freilich unter Verhältnissen, die es zweifelhaft erscheinen lassen, ob seine Popularität nicht den Todesstoß erleidet. Boulangers hatte bekanntlich die kühne Behauptung aufgestellt, die ganze Angelegenheit Cassafels sei gegen ihn gerichtet, regierungsfällig eingeleitet, um ihn zu ruiniren. Aber diesmal fand Boulangers den rechten Mann. „Denn General Boulanger“, rief ihm Ferrons „Organ“, die „Republique française“, drohend zu, „er sei im Dienste einer spanisch-amerikanischen Republik“. Und Ferron schickte sich sofort an, den General „zur Wirklichkeit zurückzuführen“. Er forderte ihn auf, zu sagen, ob er die obige Aeußerung gethan. Boulangers antwortete, wie erwähnt, zuerst ausweichend, „er habe bisher keinen Einblick in die Zeitungen gehabt, welche die ihm zugeschriebenen Aeußerungen enthalten sollten“.

Selbstverständlich gab sich damit der Kriegsminister nicht zufrieden; er hat die Antwort des Generals Boulanger für ungenügend erachtet, weil die gedachten Zeitungen in Clermont-Ferrand vorlägen, und eine neue Depesche an den General Boulanger gerichtet, worin derselbe aufgefordert wird, mit ja oder nein zu antworten, ob er die fraglichen Aeußerungen gethan habe. Wenn seine Antwort eine ungenügende sei, werde im Disciplinarwege gegen ihn vorgegangen werden. Die Antwort des so in die Enge getriebenen Corpsgenerals übermittelte folgendes Telegramm:

Clermont-Ferrand, 14. Oktober. (W. Z.) General Boulanger telegraphirte auf die ernannte Aufforderung des Kriegsministers, er habe die ihm von den Zeitungen zugeschriebenen Aeußerungen gethan.

Hiernit hat also Boulanger zugegeben, daß er eine der größten Disciplinlosigkeiten begangen, die bei einem General der ihm vorgelegten Behörde gegenüber vorkommen können. Er bekennt sich zu der unerhörten Provocation, deren er sich schuldig gemacht, indem er einem Mitarbeiter des radicalen „National“ gegenüber jene Anklagen gegen die Regierung äußerte. Um erkennen zu lassen, wie ungewissenhaft, wie schroff und verkehrt sich Boulanger ausdrückte, ist es am Platze, die wichtigsten Stellen aus dem Interview-Berichte des „National“ mitzutheilen. Darnach sagte Boulanger u. a.:

Ich brauche mir nicht zu verheimlichen, daß die ganze Angelegenheit Cassafels gegen mich gerichtet ist. Ich bin mir darüber vollkommen klar und weißtens, was mich betrifft, so trage ich den minutiösesten Nachforschungen.

Man hat bei dem Fund der Visitenkarte hoffen können, daß ich in der Sache stehe und man mich endlich gefast hat. Aber es ist nichts; Sie sehen mich ganz ruhig meinem Dienste nachgehen, mein Gewissen ist rein, ich fürchte nichts.

Denkt man an die Stellung, die uns das dem Ausland gegenüber giebt? an den Ehren, die Nieder-gefallenheit, die sich unser Landes bemächtigen. Daran habe ich ein Recht zu denken, wenn ich auch die persönlichen Angriffe verachte. Und wer beweist mir in der That, daß die Limousin nicht zu mir geschickt wurde, um mir eine niederträchtige Falle nach zwei Richtungen zu legen? Man hatte mir gesagt: Hüten Sie sich, es ist nicht gut, wenn Sie die Sache nicht glauben wollen, und in der That hat die Sache ist doch alles plump. Und in Paris schreibt man mir, General Tibaudin habe mich vor der Limousin gewarnt; ich habe nichts von ihm erhalten. Das meiste aber bleibt, daß ich mir nichts vorzuwerfen habe. Da Cassafel von mir ernannt wurde, wirft man mir auch den General Jung zwischen die Beine; unsere Beziehungen haben sich auf die von Minister und Cabinetsekretär beschränkt, aber ich beileibe mich zu erklären, daß nichts mich berechtigt, die Lastertheil dieses Offiziers zu beargwöhnen.

Ich habe den Oberst Vincent im Ministerium vorgefunden und ihn seiner Functionen entbunden, nicht weil ich irgend eine Anklage gegen ihn zu erheben hatte, sondern weil seine Dienste mir unzulänglich schienen. Ich wollte nicht, daß unser Nachridendienst dem von Deutschland untergeordnet sei (!).

Das ist ein großes Ugläd, eine große Schande, für die ich nicht verantwortlich bin. Aber sprechen Sie es laut aus: Ich bin es, auf den man in dieser ganzen Geschichte zielt, ich bin es, den man treffen will und nicht kann.

Die öffentliche Meinung wird uns alle richten. Ich fürchte ihn nicht.

Wieviel hat Boulangers seine ungeheuerlichen Insinuationen gegen die Regierung natürlich in seiner Weise!

ist Boulangers Uebermuth auf dem Fuße gefolgt, wie nachfolgend der Telegraph meldet:

Paris, 14. Okt. (W. Z.) Boulanger hat, wie mehrere Blätter melden, einen dreißigtägigen strengen Arrest erhalten. Der Ministerrath wird später darüber beschließen, ob derselbe seines Commandos zu entheben ist. Der Präsident Grevy kehrt voraussichtlich morgen (Sonnenabend) nach Paris zurück.

Der schneidige General hat also zunächst einige Wochen Zeit, über die Wahrheit des Sprüchwortes zu meditiren, daß Hochmuth vor dem Falle zu kommen pflegt. Gespannt darf man nun nur sein, was seine bisherigen Anhänger in der Presse und im Lande zu dieser Maßregelung, der sehr wahrscheinlich die Entziehung des Corpscommandos nachfolgt, sagen. Das ist aber sicher: wer Boulanger gegen Ferron vertheidigt und letzteren wegen seines Vorgehens gegen den disciplinlosen Corpscommandeur angreift, der redet geradezu einer militärischen Anarchie das Wort!

General d'Anblan, der sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht hat, ist und bleibt verschwunden. Ueber seine Persönlichkeit ist folgendes zu bemerken:

Graf d'Anblan ist 1824 in Nancy geboren. 1869 wurde er Oberst im Generalstab. Damals galt er für einen der hervorragendsten Officiere. Während des deutsch-französischen Krieges gehörte er zur Rheinarmee und führte den Titel: Chef der Abtheilung der militärischen Operationen. Nach der Uebergabe von Metz wurde er als Gefangener nach Hamburg geführt. Von dort schrieb er an einen Freund einen Brief, den eine Zeitung veröffentlichte und der großes Aufsehen erregte. Er sagte darin, der Marschall Bazaine „habe seine Schande zum Fußstempel seiner Größe und die Schmach der Franzosen zur Grundlage seiner Diktatur machen wollen“. Nach dem Kriege fasste er seine Anklagen gegen Bazaine in einem Buche zusammen, das den Titel führte: „Metz, Feldzug und Unterhandlungen. Von einem höheren Offizier der Rheinarmee“. Dieses Buch gab den Anlaß zu dem Prozeß gegen Bazaine, und d'Anblan's Anklagen bestimmten den Kriegsrath hauptsächlich, den Marschall zu verurtheilen. General ist d'Anblan erst seit 1879. Politisch war er seit 1876 hervorgetreten, wo er im Departement Dife zum republikanischen Senator gewählt wurde. Bei den letzten Wahlen wurde er wiedergewählt. Er führte, obgleich verheirathet, das Leben eines leichtfertigen Junggesellen. Daß seine Finanzverhältnisse zerrüttet waren, war seit Jahren kein Geheimniß.

General Cassafel hat seit dem ersten Schreden seine Selbstbeherrschung wieder gefunden und antwortete dem Untersuchungsrichter in kurzem, fast gebieterischem Tone. Er bezeugt seine Unschuld, und daselbe thut auch seine Freundin Limousin, welche den Standpunkt vertheidigt, niemand könnte ihr verbieten, sich für verdienstvolle Persönlichkeiten zu interessiren und ihnen Auszeichnungen zu verschaffen, wie und durch wen es ihr gefalle. Nach ihren Versicherungen hat General Cassafel ihr wohl seinen freundschaftlichen Beistand geleistet, aber für seine Dienste niemals Geld angenommen. Er that, wie sie behauptet, nicht mehr als Herr Wilson, und dieser, der Schwiegerjohn des Präsidenten der Republik, wird, so hofft sie zuversichtlich, noch rechtzeitig für sie und sich selbst zu ihrer Vertheidigung herbeieilen. Madame Limousin will auch vor der Justiz ihren Ruf als „femme chic“ bewahren und widmet ihrer Toilette große Sorgfalt. Gestern erschien sie vor dem Untersuchungsrichter in einem roth- und cremefarbenen Aug und einem federumwallten Rembrandthute auf dem allfälligen Kopfe. Um aus ihrer Zelle in das Cabinet des Untersuchungsrichters Limousin zu gelangen, mußte sie einen Hof durchschreiten, und da es gerade regnete, verlangte die Dame, daß der sie geleitende Gendarm sich mit einem Regenschirm verläge und ihr ritterlich den Arm über die Pfügen hinweg böte.

Auch die Rattazzi behauptet, sie hätte mit Herrn Wilson eine Menge Geschäfte gemacht, und in dem Viertel, das sie bewohnte, erzählte man sich sogar, unter den zahlreichen Besuchern, die zu ihr kamen, befände sich auch der Generalberichterstatler des Budgetauschusses.

Auf diese Aussagen gestützt, namentlich unter Sitzung des stillen verumteten Barons Kreittmayr, der compromittende Briefe Wilsons an die Limousin gegeben haben wollte, hatten namentlich die radicalen Blätter den unglücklichen Schwiegerjohn des Präsidenten der Republik schon längst moralisch bingerichtet. Wilson drang mit seinen brieflichen Rechtfertigungen durch das wilde Triumphgeschrei seiner politischen Gegner nicht durch. Indessen dürfte er es nunmehr erreicht haben, den gegen ihn gerichteten Angriffen die Spitze abubrechen und die Aussagen der Limousin z. als ein diabolisches Complot zu entlarven, welches dazu bestimmt war, die Vertuschung der Standalaffäre zu bewirken. Wir empfangen darüber folgendes Telegramm:

Paris, 14. Okt. (W. Z.) Auf den Antrag Wilsons hin hat der Untersuchungsrichter die Frau Rattazzi, Frau Limousin und den Baron Kreittmayr vernommen. Dieselben erklärten in Gegenwart Wilsons, daß die Beschuldigungen gegen Wilson falsch seien; sie hätten dieselben lediglich in der Hoffnung vorgebracht, daß die Sache dann unterdrückt werde.

Damit ist jedenfalls Wilsons Ehrenrettung als gelungen anzusehen.

### Baiern und die Alters- und Invalidenversorgung.

Die Frage der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter rückt nur sehr langsam von der Stelle. Vor kurzem wurde einer Meldung, daß die Regierung von Baiern die Grundzüge beanstandet hätte, officiöserweise mit dem Bemerkten widerwärtig, daß von Baiern bis jetzt noch gar keine Aeußerung vorliegt. Wir bemerken dazu: „In München scheint jedenfalls die Sympathie für das Project nicht sehr groß zu sein; andererseits würde man sich mehr beeilen haben, eine Rückäußerung nach Berlin gelangen zu lassen.“ Diese Rückäußerung ist nun mittlerweile eingetroffen; und was man darüber hört, bestätigt unsere Bemerkung.

Aus den Münchener „Neuest. Nachrichten“ erfahren wir über die Stellung Baierns zu dem vom Reichsamte des Innern ausgearbeiteten Entwurf folgendes:

Bei aller Sympathie für diesen neuen Schritt auf dem Gebiete der Socialgesetzgebung pflichte die bairische Regierung nach den sorgfältig gepflogenen Verhandlungen im Ministerium des Innern in wichtigen Einzelheiten der Ausführung des Projectes nicht durchweg den Vorschlägen der Reichsregierung bei. Namentlich gebe die Belastung der Berufs-genossenschaften mit dieser neuen umfassenden Aufgabe zu Bedenken Anlaß, und man sei der Ansicht, daß gleichwie bei der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft, auch für die Altersversorgung die Annahme des Princips der territorialen Gliederung von wesentlichem Vortheil sein würde.

Eine Förderung der Angelegenheit wird übrigens von den Bepflegungen erwartet, die der Minister v. Bötticher auf seinem dieser Tage bevorstehenden Besuche in Friedrichsruh mit dem Reichskanzler haben wird.

### Der Gesehtentwurf über das Warrant-System

ist, wie uns aus Berlin geschrieben wird, in voller Vorbereitung begriffen, der Bundesrath aber, entgegen der Nachricht eines Berliner Blattes, noch nicht damit beschäftigt. Wie man hört, würde der Gesehtentwurf sich grundsätzlich an die in England bestehenden Einrichtungen anlehnen, in Bezug auf die Einzelbestimmungen das bereits in einzelnen deutschen Handelsplätzen bestehende Verfahren, sowie die ziemlich zahlreichen Vorschläge berücksichtigen, welche seit fast einem Jahrzehnt von Organen des Handelslandes an die Regierung gelangt waren. Die letztere, so heißt es, habe sich längst mit dem Gedanken einer Verwirklichung dieser Vorschläge getragen, jedoch wegen der Schwierigkeit der Ausführungen bisher davon Abstand genommen.

### Revision der Ausführungsbestimmungen zum Branntweingesetz.

Bezüglich der Ausführung des Spiritussteuer-Gesetzes stellen sich, schreibt uns Berliner Correspondent, doch so zahlreiche Schwierigkeiten entgegen, daß man die vorbehalten Revision der Ausführungsbestimmungen wohl schon nach einigen Monaten wird vornehmen müssen. Viele der jetzt bestehenden Einrichtungen dürften total geändert werden, und man wird genöthigt sein, auch die zahlreichen Vorschläge aus Interessententkreisen, welche in verschiedenen Formen an die Regierung herangetragen sind, eingehend zu beachten. Eine Sichtung bezw. Bearbeitung des betreffenden Materials ist schon seit einiger Zeit im Gange.

### Unsere handelspolitische Situation

wird immer trüber. Je näher die Reichstags-einberufung heranrückt und damit auch die höheren Kornzölle, desto entschiedener bricht sich in den Ländern, mit denen wir die nächsten Handelsbeziehungen haben, der Wille Bahn, die deutschen Schutzzölle mit ähnlichen Maßregeln zu beantworten. Die ungarische Adresse hat wir bereits mitgetheilt. Auch in der Schweiz regt sich eine entschiedene Opposition der Zauberpoltik der dortigen Regierung. Eine Versammlung von schweizer Fabrikanten zu Olten hat sofortige Kündigung des Handelsvertrags mit Deutschland verlangt, wenn dieses sich nicht zu Zugeständnissen bewegen läßt, und drohte mit Appellation an das Volk, wenn die Regierung nicht Ernst mache.

Unsere Agrarier bedenken gar nicht, welche unseligen Folgen eine nochmalige Erhöhung der Getreidezölle für unsere Handelsbeziehungen mit dem Auslande haben muß. Leider wagen unsere Industriellen, denen die schwersten Schädigungen daraus entstehen werden, noch nicht, mit einem Protest gegen die höheren Kornzölle hervorzutreten. Das sind die Consequenzen des unnatürlichen Bündnisses, welches sie im Jahre 1879 mit den Agrariern geschlossen haben. Aber nicht nur die Industriellen, auch die anderen Erwerbstheile verhalten sich still und überlassen den Agrariern allein das Wort. Es scheint fast so, als ob sie meinten, daß sie von dem, was kommen kann, garnicht berührt würden. Es ist immer noch Zeit und keineswegs ganz ausichtslos, gegen die geplanten Kornzollerhöhungen die Stimme zu erheben.

Aus Berlin schreibt uns unser Correspondent von gestern darüber: „Die neulich bereits angeforderte Informationsreise des Ministers v. Bötticher nach Friedrichsruh, die nach officiösen Andeutungen bereits in den nächsten Tagen stattfinden soll, wird die Entscheidung über eine ganze Reihe gesetzgeberischer Fragen, mit denen sich der Reichstag in der nächsten Session beschäftigen soll, herbeiführen. Daß die Getreidezollerhöhung der Reichstag beschließen wird, scheint nachgerade keinem Zweifel zu unterliegen. Ob es zu einer Aufhebung des Identitäts-Nachweises, welcher bekanntlich Minister v. Bötticher günstig gestimmt ist, kommen wird, ist unsicher. Näheres ist in dieser Hinsicht ebenjowenig bekannt geworden, wie bezüglich der früher in Aussicht gestellten Besserung im Grenzverkehr mit Rußland. Ueber die Absichten der preussischen Regierung wird vielleicht die für Anfang November in Aussicht genommene Beratung des deutschen Landwirtschaftsraths Aufschluß geben, auf dessen Tagesordnung auch diese Frage gesetzt ist. Bemerkenswerth ist allerdings, daß die süddeutsche Landwirtschaft, wie der neulich beschloß General-Comité des landwirtschaftlichen Vereins in Baiern klargestellt hat, die Aufhebung des Identitätsnachweises für transitfähiges Getreide bekämpft, weil darin ein Nutzen für die Landwirtschaft, zumal die süddeutsche, nicht erblickt werden könne. Darnach dürfte eine Regelung der Angelegenheit im Sinne des in der letzten Reichstagsession von dem Grafen Stolberg und Genossen eingebrachten Antrags, welcher auf den Wegfall der

Forderung der Identität des ein- und auszuführenden Getreides und gleichzeitig auch des Importeurs und Exporteurs hinausläßt, nicht wohl eine Majorität im Reichstage finden, obgleich die „Nordd. Allg. Ztg.“ unlängst auch diese agrarische Forderung günstig zu behandeln versuchte. Unter diesen Umständen wird die Regierung vielleicht von einem eigenen Vorschlage in dieser Richtung absehen, in der Voraussehung, daß die Befürworter des Wegfalls der Identität die Verabreichung der Zollnovelle betr. die Erhöhung der Getreidezölle benutzen würden, ihrerseits Vorschläge zu machen bezw. die schon in der letzten Session eingebrachten Anträge von neuem vorzulegen. Man nahm damals an, daß der Antrag v. Heereman, Hoffmann (Königsberg), Ridert bei sonst geeigneter Haltung der Regierung am leichtesten eine Majorität finden würde. Ein dritter Vorschlag, welcher zwar allgemein den Wegfall des Identitätsnachweises befürwortet, aber daran festhält, daß nicht eine Ausfuhrprämie gewährt wird, wie die Agrarier wollen, sondern, daß nur die Berechtigung zur zollfreien Einfuhr eines entsprechenden Quantum aus ausländischen Getreides zugesprochen wird, ist jetzt gesetzgeberisch noch nicht formulirt worden. Auf alle Fälle ist es nachgerade die höchste Zeit, daß sich die Handelskammern mit dieser Frage der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle im Zusammenhang mit den handelspolitischen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn beschäftigen. Mit steigender Entschiedenheit haben sich zahlreiche Handelskammern für die Nothwendigkeit des Abschlusses eines Tarifvertrags mit Oesterreich-Ungarn ausgesprochen, wie das ja auch wiederholt seitens österreichischer Handelskammern geschehen ist, weil man auf beiden Seiten zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß eine weitere Steigerung der industriellen Schutzzölle eine zweifelhafte Maßregel sein würde. Wenn jetzt eine neue Erhöhung der deutschen Getreidezölle eintritt, so wird nach den neuesten Nachrichten merkwürdiger Weise gerade Ungarn, welches bisher bei den Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Deutschland vorwiegend das freihändlerische Princip vertreten hat, am entschiedensten für Retorsionsmaßregeln eintreten, da die deutsche Erhöhung die ungarischen Landesprodukte in härtester Weise trifft. (Vergl. die heutige Morgen-Nummer.) Der Zollkrieg würde demnach in ein neues, für beide Theile schädliches Stadium treten, dessen Dauer nicht abzusehen ist. Man sagt freilich, wenn jetzt auch die Verlängerung des bestehenden Vertrages mit Oesterreich auf ein Jahr beschloffen würde, so sollten doch die Verhandlungen über einen neuen Vertrag bereits im nächsten Frühjahr beginnen; aber ein Erfolg im Sinne der deutschen Ausfuhrindustrie ist auch dann nicht zu erwarten. Um so notwendiger ist es, daß die Handelskammern nicht länger zögern, nach dem Vorgange der Posener Kammer und der Altessen der Kaufmannschaft in Danzig gegen die nochmalige Erhöhung der Getreidezölle Protest einzulegen.“

Der Wunsch der vorstehenden Correspondenz ist gewiß gerechtfertigt. Wie es aber auch kommen möge — die jetzigen Zustände der Unsicherheit und des Schwankens sind für den soliden Handel geradezu unerträglich. Bei der Art, wie diese wichtigen Dinge behandelt werden, ist es kein Wunder, wenn einzelne und zwar ganz unbegründete und von gewissen Seiten für officiöse bezeichneten Mittheilungen, wie die der „Hamb. Nachr.“, auf die Getreidebörsen und die Preise in den letzten Tagen eine sehr starke Wirkung ausüben.

### Im cartellparteilichen Lager

geht es immer heftiger her. Wie wir im Morgenblatt ausführlicher mitgetheilt haben, ist jetzt auch das officiöle Organ der conservativen Partei, die „Conservative Correspondenz“ auf den Kampfplatz getreten, und sie kündigt den mittelparteilichen Cartellbrüdern ziemlich derb die Freundschaft. Sie ist besonders empört darüber, daß viele Cartellparteiliche die Forderungen der Landwirtschaft mit „allgemeinen Redewendungen“ bekämpfen. Die Freisinnigen suchen doch wenigstens „sachlich zu erwidern“ (— wie gültig —), aber in manchen mittelparteilichen Organen — hier ist wohl vorzugsweise die „Post“ gemeint — fände man nur eine „schroffe, einseitige, kurzschichtige Betonung der Interessen der Industrie“. Dann kommen die „tactlosen Anspielungen auf einen bevorstehenden Regierungswechsel als Begründung für diese oder jene opportunistischen Recepte, die bereits den Spott freisinniger Blätter erregen!“ In diesem Punkt hat die „Conf. Correspond.“ so ganz unrecht nicht. Diese „tactlosen Anspielungen“ waren allerdings eine sehr komische cartellparteiliche Leistung. Daß die „Conf. Correspond.“ im Geiste den mittelparteilichen Theil der Cartellbrüder bereits auf dem rechten Flügel der Freisinnigen sieht, erklärt sich wohl nur aus ihrer inneren Erregung. Die „Kreuzzeit.“ ist natürlich in hohem Grade befriedigt von diesen Aeußerungen und sie verlobt ganz offen, daß nach der von ihr gewonnenen Ueberzeugung ein Theil der Cartellbrüder bewußt „unter dem Schutz des Cartells auf eine Schwächung und Spaltung der deutsch conservativen Partei hinarbeite“. Das wohl nicht. Aber daß eine Folge des Cartells die Reorganisation der conservativen Partei in Deutschland sein werde, das halten wir für nicht zweifelhaft. Die conservative Partei wird als die stärkere und entschiedenere durch die Gewöhnung der Cartellgemeinschaft Elemente in sich aufsaugen, die sich bisher liberal nannten und die zu einer Umwandlung der conservativen Partei beitragen werden. Nach dieser Richtung wird das Cartell allerdings zu einer Klärung der Parteiverhältnisse und zu einer naturgemäßen Scheidung der Elemente, welche conservative und welche liberale Politik treiben, beitragen.

Einstweilen können sich die Cartellbrüder, wie der jetzt bestig entbrannte Streit beweist, noch immer nicht in einander finden.



Dem toeben in Paris verstorbenen Intrepafari, Moritz Straßofski widmet der „Sil Blas“ einen ausfchließlichen Nachruf. Die Carrière dieses unternehmenden Concertagenten ist in wenigen Worten gefchildert. Nach vergeblichen Verſuchen, ſich in der Heimat als dramatiſcher Sänger Vorberben zu erwerben — er war ein begabter Pianift, hatte aber den Ehrgeiz, ein großer Tenor zu werden — wandte er ſich nach Amerika. Hier lernte er die Familie Patti kennen, deren Oberhaupt Director der Newyorker Oper war. Er heirathete die älteſte Tochter Patti's, Amelia, und „endete“ gleichzeitig ſeine damals elfjährige Schwägerin Adelmä, mit der er eine Concertfahrt durch Amerika unternahm. Als dieſe ſich mit dem Marquis de Gaur verlobte, wandte er ſich von ihr und betrieb







